Ressort: Gesundheit

Klöckner kritisiert Bundesregierung wegen Sterbehilfegesetz

Mainz, 11.12.2012, 12:47 Uhr

GDN - Die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Julia Klöckner, kritisiert die schwarz-gelbe Bundesregierung wegen des geplanten Gesetzes zur Sterbehilfe scharf und fordert die Unionsfraktion auf, notfalls einen eigenen Gesetzentwurf dagegen zu stellen. Im Interview mit der Tageszeitung "Die Welt" sagte Klöckner: "So wie das Gesetz jetzt formuliert ist, entspricht es nicht dem Sinn des Koalitionsvertrages. Der hatte gewiss nicht vor, in Deutschland Verhältnisse zu schaffen, wie in den Schweiz oder den Niederlanden. Würde dieses Gesetz beschlossen, wäre es auch ein Zeichen des Abschiedes von der Humanität."

Die Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen Gesetzentwurf beschlossen, der Sterbehilfe verbietet. Klöckner, die auch CDU-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz ist, kritisiert diesen Entwurf als "Scheinlösung": "Darin soll nur die `gewerbsmäßige Sterbehilfe` verboten werden. Aber die Sterbehilfeorganisationen wissen bereits, dass sie als offen kommerzielle Unternehmen keine Chance hätten. Sie tarnen sich also, als Vereine oder sogar gemeinnützige Organisationen, die keine Rechnungen schreiben, sondern Mitgliedsbeiträge erheben. Der Entwurf der Bundesregierung nimmt diese Organisationen nicht in den Blick." Klöckner kritisiert in der "Welt" weiter, das geplante Gesetz erwecke den "fatalen Eindruck": "Was nicht verboten ist, sei nicht nur erlaubt, sondern auch erwünscht. Frau Leutheusser-Schnarrenberger strebt wohl an, die nicht gewerbsmäßige Beihilfe zum Suizid salonfähig zu machen. Das halte ich für hochproblematisch. Der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf kann demnach im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich sein." Der Bundestag hat das Gesetz bereits in erster Lesung beschlossen. Auch das kritisiert Klöckner deutlich: "Innerhalb von nur zwei Monaten soll das Gesetz durch das Parlament gejagt werden- und dazwischen liegt auch noch die Weihnachtszeit. Ich schüttele den Kopf und kann es kaum glauben. Das ist kein angemessener Umgang mit diesem wichtigen Thema, bei dem es um Leben und Tod geht." Die vor einer Woche vom CDU-Parteitag mit 93 Prozent mit dem besten Ergebnis zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte Klöckner fordert die Abgeordneten auf, das Gesetz in der vorliegenden Form zu verhindern: "Vor allem von der CDU/CSU-Fraktion erwarte ich das. Und falls die Justizministerin und die FDP sich nicht bewegen, sollte die Abstimmung frei gegeben werden und ein eigener, abweichender Gesetzesentwurf vorgelegt werden." Außerdem fordert Klöckner den Philipp Rösler zum Eingreifen auf: "Ich glaube nicht, dass die FDP in dieser Frage geschlossen hinter Frau Leutheusser-Schnarrenberger steht. Der FDP-Parteivorsitzende Philipp Rösler ist gerade wieder ins Zentralkomitee der Katholiken gewählt worden, das eine klar ablehnende Stellungnahme zu diesem Gesetzesentwurf abgegeben hat. Ich hoffe, dass der Minister noch einmal mit seiner Kollegin redet." Der Rechtsausschuss des Bundestages führt am Mittwoch, den 12.12., eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf durch.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3953/kloeckner-kritisiert-bundesregierung-wegen-sterbehilfegesetz.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619